



Bis Oktober sollen die neuen Parkregelungen im Nibelungenviertel nachgebessert werden.

Foto: Julia Vogl

Bis Oktober wird nachgebessert

GLEISHAMMER Der Verkehrsausschuss diskutiert über wegfallende Parkplätze. Die Grünen raten, die Kirche im Dorf zu lassen.

VON MARCO PUSCHNER

NÜRNBERG – Die Aufregung um Parkplätze im Nibelungenviertel hat nun auch den Verkehrsausschuss des Stadtrats erreicht – das sei allerdings auch der Ort, „wo die Debatte hingehört“, findet Daniel Frank. Der verkehrspolitische Sprecher der CSU-Fraktion im Rathaus nutzt die Diskussion im Gremium, um sein Verständnis für die Bürger zu formulieren, denen die Parkplätze wegrationalisiert würden. Baureferent Daniel Ulrich (parteilos) kündigt an, im Oktober ein Konzept präsentieren zu wollen, mit dem die Anwohner besser leben können.

Zur Erinnerung: Die Bürger in der Südstadt hatten sich empört, weil die Stadt Anfang September Parkverbotschilder aufstellen ließ. Hintergrund ist ein Beschluss des Verkehrsausschusses aus dem Jahr 2022, das Viertel zwischen Wodanstraße, Münchener Straße, Frankenstraße und Allersberger Straße in das Gebiet der kommunalen Verkehrsüberwachung (KVÜ) aufzunehmen.

Deswegen haben KVÜ, Verkehrsplanungsamt und der Servicebetrieb

öffentlicher Raum (Sör) die betroffenen Straßen unter die Lupe genommen – und 76 von 1350 öffentlichen Stellplätzen eingezogen. Zudem fallen noch 92 Flächen weg, auf denen Autos gewohnheitsmäßig abgestellt waren, wo das Parken aber ohnehin nicht erlaubt ist.

Der Wegfall der Parkplätze beruht laut Verwaltung zum einen auf den Ansprüchen der Feuerwehr, zum anderen auf den Vorgaben des städtischen Mobilitätsbeschlusses zu Gehwegbreiten (1,50 Meter). „Gehwegparken ist überall verboten, wo es nicht ausdrücklich erlaubt ist“, sagt Ulrich. „Im Nibelungenviertel ist es nirgendwo erlaubt.“

Auch eine freie Fahrbahnbreite von 3,05 Meter müsse eingehalten werden. Der Baureferent räumt aber ein, dass man die Maßnahmen besser hätte erklären müssen. Die Reduktion der Parkplätze, heißt es denn auch im Bericht der Verwaltung, sei „zu spät kommuniziert“ worden, „die üblichen Flyer wurden erst nach Schildermontage verteilt“.

Nasser Ahmed hatte daher von einem „Kommunikationsdesaster“ gesprochen. Der SPD-Parteichef, der

selbst im Viertel wohnt, berichtet, nach seiner Urlaubsrückkehr von einem Nachbarn angesprochen worden zu sein. „Was für einen Scheiß habt ihr im Stadtrat da wieder gebaut?“, habe der Bürger gefragt. „Da sind mir ein paar Sachen eingefallen“, sagt Ahmed mit feiner Ironie.

Nicht zum Scherzen zumute

Der CSU ist indes nicht zum Scherzen zumute. Dass der SPD-Chef öffentlich Alarm geschlagen hat wegen des Wegfalls der Parkplätze, stößt den Konservativen sauer auf. Sie werfen Ahmed vor, schon im Wahlkampfmodus zu sein. Verkehrsexperte Frank kritisiert, dass der SPD-Stadtrat sich als „Retter des Nibelungenviertels“ aufspiele. „Ein solches Lamentieren habe ich von der SPD noch nie gehört, wenn es um das Wegfallen von Parkplätzen geht“, konstatiert CSU-Fraktionschef Andreas Krieglstein. „Diese politischen Spielchen finden wir nicht seriös“, erklärt Frank.

Die Grünen schließen sich, so Alexander Kahl, „der Stilkritik der CSU“ an, raten ansonsten aber dazu, die „Kirche im Dorf“ zu lassen, wie es Kahl formuliert. Mike Bock berichtet

von einer Informationsveranstaltung, wo von 25 und nicht von 76 legalen Parkplätzen die Rede war, die wegfallen. „Das ist verkraftbar.“

Referent Ulrich, der nicht bei der Veranstaltung war, will diese Zahl im Gespräch mit unserem Medienhaus nicht bestätigen. Man werde sich aber bemühen, nachzubessern und die wegfallenden Plätze auf ein Mindestmaß zu beschränken. Die Verwaltung müsse trotz der Beschwerden nicht in Sack und Asche gehen, meint Grünen-Verkehrsexperte Bock. Es sei richtig, dass im Viertel „Ordnung geschaffen wird“.

Ulrich kündigt an, dass keine Strafzettel verteilt werden, bis eine Lösung gefunden ist. Eben dies hat die CSU via Antrag gefordert. Für die SPD betont Ahmed, trotz der Kritik an den Maßnahmen weiter „zu 100 Prozent zum Mobilitätsbeschluss“ zu stehen. Den Tadel der CSU weist er zurück – die SPD habe keine Show veranstaltet, sondern „die Anliegen der Bürger ernst genommen“. „Der öffentliche Ehestreit ist nicht sachdienlich“, kommentiert wiederum Titus Schüller (Linke) den Zoff in der schwarz-roten Rathaus-Kooperation.